

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2006 — 1144

[C — 2006/33027]

21. DEZEMBER 2005 — Dekret zur Adoption (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es :

TITEL I — ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Bei der Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. internationale Adoption : jede einfache Adoption oder Volladoption einer Person, bei der diese Person von seinem Herkunftsstaat durch eine Einzelperson oder ein Ehepaar nach Belgien gebracht wird, entweder aufgrund einer im Ausland ausgesprochenen Adoption oder im Hinblick auf eine Adoption in Belgien;

2. interne Adoption: jede Adoption, die keine internationale Adoption ist;

3. Adoptionskandidaten: jede Person, die eine in Belgien oder im Ausland geborene Person adoptieren möchte;

4. Adoptierte: eine in Belgien oder im Ausland geborene Person, die adoptiert wurde;

5. Kind: Person unter 18 Jahren;

6. Zusammenarbeitsabkommen: Zusammenarbeitsabkommen vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption.

Art. 2 - Unbeschadet der Artikel 8, 16, 19 § 3 und 26 § 2 findet vorliegendes Dekret auf Adoptionen Anwendung, insofern einer der betroffenen natürlichen oder juristischen Personen ihren Wohnsitz oder Sitz im deutschen Sprachgebiet hat.

TITEL II — ZENTRALE BEHÖRDE

Art. 3 - Innerhalb des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft setzt die Regierung eine Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption, nachstehend Zentrale Behörde genannt, ein.

Art. 4 - Die Zentrale Behörde hat folgende Aufgaben:

1. Informationen zur Adoption zu erstellen und zu veröffentlichen;

2. in Ausführung von Titel IV die Organisation der Vorbereitung der Adoptionskandidaten zu gewährleisten. Hierzu kann die Zentrale Behörde spezialisierte Organisationen, Dienststellen oder Fachleute mit der Durchführung des gesamten oder eines Teils des Programms der Vorbereitung beauftragen;

3. die in Anwendung der Artikel 17 und 21 bis 25 vorgesehene Vermittlung wahrzunehmen;

4. die in Anwendung von Titel V erstellten Sozialuntersuchungen an den zuständigen Jugendrichter zu übermitteln;

5. die Aufsicht über alle im Rahmen vorliegenden Dekretes anerkannten Dienste wahrzunehmen;

6. Anfragen und Beschwerden im Zusammenhang mit einer Adoption entgegenzunehmen, zu behandeln und gegebenenfalls an andere zuständige Dienststellen weiterzuleiten;

7. als Ansprechpartner für die Zusammenarbeit mit den Adoptionsdiensten der anderen Gemeinschaften tätig zu sein. In diesem Zusammenhang schlägt die Zentrale Behörde der Regierung Modalitäten zur Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinschaften vor;

8. mit jeder zentralen Behörde in Belgien und im Ausland, die für die interne und internationale Adoption zuständig ist, zusammenzuarbeiten;

9. zu gewährleisten, dass die postadoptive Betreuung des Adoptionskinds und der Adoptierenden durchgeführt wird;

10. die Aufbewahrung und den Zugang der Informationen über die Herkunft der Adoptierten in Anwendung von Titel VII sicherzustellen;

11. alle zwingenden Aufgaben, die der Zentralen Behörde durch nationale oder internationale Regeltexte auferlegt werden, wahrzunehmen;

12. einen Jahresbericht zur Adoption im deutschen Sprachgebiet zu erstellen;

13. andere durch die Regierung erteilte Aufträge im Bereich der Adoption zu erfüllen.

Im Rahmen eines Zusammenarbeitsabkommens mit einer anderen Gemeinschaft können einzelne der unter Absatz 1 Nr. 1 bis 13 festgelegten Aufgaben durch Dienste oder Behörden der anderen Gemeinschaft wahrgenommen werden.

TITEL III — ANERKENNUNG DER VERMITTLUNGSDIENSTE

Art. 5 - § 1 - Jede juristische Person, die im deutschen Sprachgebiet in der Adoption als Vermittlungsdienst tätig ist, muss zu diesem Zweck von der Regierung anerkannt sein.

Die in Titel II erwähnte Zentrale Behörde gilt für die Adoptionsvermittlung als anerkannt.

§ 2 - Um anerkannt zu werden, müssen mindestens folgende Bedingungen erfüllt sein:

1. Der Vermittlungsdienst muss in Form einer Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht oder in Form einer internationalen Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht konstituiert sein oder eine juristische Person öffentlichen Rechts sein.

2. Die Arbeitsmethode und Philosophie muss dem Interesse des Kindes und dessen Grundrechten, die ihm im nationalen und internationalen Recht zuerkannt werden, entsprechen.

3. Die Multidisziplinarität in den beruflichen Qualifikationen des Personals muss gewährleistet sein.

4. Die Zusammenarbeit mit der Zentralen Behörde muss garantiert werden.

Die Regierung legt zusätzliche Anerkennungsbedingungen fest. Diese beziehen sich unter anderem auf :

1. die Qualifikation der Mitarbeiter,
2. die materielle Infrastruktur,
3. die mindestens zu erfüllenden Aufgaben.

Die Anerkennung wird für einen erneuerbaren Zeitraum von 6 Jahren gewährt.

§ 3 - Die Regierung legt das Verfahren zur Anerkennung, zur Aussetzung und zum Entzug der Anerkennung fest.

Die Regierung setzt die Anerkennung aus oder entzieht sie nach Anhörung des Vermittlungsdienstes, wenn dieser die Normen und Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, nicht mehr erfüllt.

§ 4 - Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kann die Regierung den gemäß §§ 1-3 anerkannten Vermittlungsdiensten Zuschüsse gewähren. Die Modalitäten der Bezuschussung sowie deren Höhe kann in einem zwischen der Regierung und dem Antragsteller zu schließenden Vertrag festgelegt werden.

TITEL IV — VORBEREITUNG DER ADOPTIONSKANDIDATEN

Art. 6 - Die Adoptionskandidaten beantragen zu Beginn eines Adoptionsverfahrens bei der Zentralen Behörde ein Einschreibeformular zur Teilnahme an der Vorbereitung. Hierzu erhalten die Kandidaten allgemeine Informationen zur Adoption und zum Adoptionsverfahren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Zentrale Behörde übermittelt den Adoptionskandidaten eine Bestätigung ihrer Einschreibung und teilt ihnen den Beginn des Vorbereitungsseminars mit.

Art. 7 - Die Regierung legt ein Programm zur Vorbereitung der Adoptionskandidaten fest. Dieses Programm umfasst in Anwendung von Artikel 346-2 des Zivilgesetzbuches zumindest:

1. Informationen über die verschiedenen Etappen des Adoptionsverfahrens;
2. Erläuterungen zu den rechtlichen und anderen Folgen einer Adoption;
3. Informationen über die Möglichkeit und den Nutzen einer postadoptiven Betreuung.

Die Regierung legt die Schwerpunkte und die Anzahl Stunden fest, die dieses Programm umfasst.

Für die in Artikel 346-2 Absatz 3 des Zivilgesetzbuches erwähnten Adoptionskandidaten kann die Regierung andere als die in Ausführung des vorherigen Absatzes festgelegten Schwerpunkte bestimmen.

Die Adoptionskandidaten, die die Auflagen dieses Programms erfüllen, erhalten von der Zentralen Behörde die in Artikel 1231-3 des Gerichtsgesetzbuches erwähnte Teilnahmebescheinigung gemäß dem in der Anlage 1 des Zusammenarbeitsabkommens beigefügten Muster.

Die Teilnahmebescheinigung ist für eine Dauer von einem Jahr nach Ausstellung gültig. Die Zentrale Behörde kann die Gültigkeitsdauer nach einem begründeten Antrag um ein Jahr verlängern.

Art. 8 - Im Rahmen eines Zusammenarbeitsabkommens mit einer anderen Gemeinschaft kann die Möglichkeit der Teilnahme der in der einen Gemeinschaft wohnhaften Adoptionskandidaten an der durch die andere Gemeinschaft organisierten Vorbereitung vorgesehen werden.

Art. 9 - Die Regierung legt die Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten zur Teilnahme an der Vorbereitung sowie die Modalitäten der Überweisung dieses Unkostenbeitrags fest.

TITEL V — DIE SOZIALUNTERSUCHUNGEN

Art. 10 - Die Regierung bezeichnet den Dienst, der beauftragt ist, die durch den Jugendrichter in Anwendung der Artikel 1231-6 Absatz 1, 1231-29 Absatz 1, 1231-35 und 1231-55 des Gerichtsgesetzbuches angeordneten Sozialuntersuchungen durchzuführen.

Zur Durchführung dieser Sozialuntersuchungen kann der bezeichnete Dienst bei Bedarf auch auf Honorarkräfte zurückgreifen.

Die Regierung legt die Modalitäten der Durchführung der Sozialuntersuchungen fest und bezeichnet in Anwendung der Artikel 1231-6 Absatz 1, 1231-29 Absatz 1 und 1231-35 des Gerichtsgesetzbuches die Dienste, die im Rahmen der Sozialuntersuchung um eine Stellungnahme gebeten werden können. Die in Anwendung dieser Bestimmung bezeichneten Dienste sind verpflichtet, entsprechend den Vorgaben des in Absatz 1 erwähnten Dienstes zu antworten.

Bei der Erstellung der in Absatz 1 erwähnten Sozialuntersuchungen sind die Artikel 4 und 5 des Zusammenarbeitsabkommens zu berücksichtigen.

Art. 11 - Die Regierung legt die Beteiligung der Adoptionskandidaten an den Kosten der Sozialuntersuchung sowie die Modalitäten der Überweisung dieses Unkostenbeitrags fest.

TITEL VI — DIE VERMITTLUNG

KAPITEL I — *Interne Adoption**Abschnitt I* — Intervention bei dem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wohnhaften zu adoptierenden Kind und dessen leiblichen Eltern

Art. 12 - Die Regierung bezeichnet einen oder mehrere Dienste oder Personen, die den leiblichen Eltern die in Artikel 348-4 des Zivilgesetzbuches erwähnten Informationen mitteilen. In den in Artikel 348-5 des Zivilgesetzbuches vorgesehenen Fällen teilt der bezeichnete Dienst oder die bezeichnete Person dem Vertreter des Kindes diese Informationen mit.

Bei Bedarf leitet dieser Dienst oder diese Person die Betroffenen an spezialisierte Einrichtungen weiter.

Art. 13 - § 1 - Sobald die leiblichen Eltern nicht mehr für das Wohl des Kindes Sorge tragen und solange das in Artikel 348-4 des Zivilgesetzbuches erwähnte Einverständnis der leiblichen Eltern zur Freigabe des Kindes zur Adoption nicht vorliegt, greift der Jugendhilfediens im Rahmen des Dekretes über die Jugendhilfe vom 20. März 1995 ein.

§ 2 - Wenn die leiblichen Eltern ein Kind zur Adoption freigegeben haben, informieren sie oder der Jugendhilfediens, insofern dieser interveniert ist, die Zentrale Behörde über die Freigabeentscheidung. Ab diesem Moment kann das Kind im Rahmen des in §1 erwähnten Dekretes in eine Pflegefamilie in Pflege gegeben werden.

Ist diese Pflegefamilie im Besitz der in Artikel 7 erwähnten Teilnahmebescheinigung, so kann das Kind ohne Anrecht der Pflegeeltern auf Pflegegeld dort in Pflege gegeben werden.

Abschnitt II — Intervention bei den Adoptionskandidaten zur Adoption eines in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wohnhaften Kindes

Art. 14 - Die Adoptionskandidaten schreiben sich in Anwendung von Artikel 6 bei der Zentralen Behörde ein.

Nachdem sie an der in Artikel 7 erwähnten Vorbereitung teilgenommen haben, erhalten sie die in diesem Artikel vorgesehene Teilnahmebescheinigung.

Art. 15 - § 1 - Der in Ausführung von Artikel 10 bezeichnete Dienst führt in Anwendung von Artikel 1231-6 des Gerichtsgesetzbuches die Sozialuntersuchung auf Anordnung des Jugendgerichtes durch. Diese Sozialuntersuchung dient zur Begutachtung der Einigung der Adoptionskandidaten, ein Kind im Rahmen einer internen Adoption zu adoptieren.

§ 2 - Nachdem die Adoptionskandidaten in Anwendung von Artikel 346-1 des Zivilgesetzbuches für geeignet befunden wurden, wenden sie sich für die Vermittlung eines Kindes an einen anerkannten Vermittlungsdienst oder an die Zentrale Behörde.

Art. 16 - In Anwendung eines Zusammenarbeitsabkommens können die Kandidaten sich an einen in einer anderen Gemeinschaft anerkannten Vermittlungsdienst wenden. Die Adoptionskandidaten entrichten die in dieser Gemeinschaft festgelegten Vermittlungskosten gemäß den dort geltenden Vorgaben. Wenn die Kandidaten bei dem Adoptionsdienst der anderen Gemeinschaft auf sprachlich bedingte Verständigungsschwierigkeiten stoßen, lassen sie sich von einer geeigneten Person ihrer Wahl begleiten. Die Regierung legt die Modalitäten einer diesbezüglichen Unterstützung durch die Gemeinschaft fest.

Art. 17 - § 1 - Findet die Vermittlung durch die Zentrale Behörde statt, beantworten die Adoptionskandidaten einen Fragebogen und übermitteln diesen zusammen mit anderen Dokumenten, die Auskunft über das Adoptionsprojekt geben, der Zentralen Behörde.

§ 2 - Die Zentrale Behörde beantragt bei Bedarf die Unterstützung von jeder zuständigen belgischen Behörde um festzustellen:

1. ob alle Beteiligten am Adoptionsverfahren das Interesse des zu adoptierenden Kindes respektieren;
2. ob das Adoptionsprojekt keine unstatthaften Vermögensvorteile für Personen gemäß Artikel 21 Buchstabe *d*) der Konvention über die Rechte der Kinder vom 20. November 1989 herbeiführt.

§ 3 - Nach Erhalt der in § 2 erwähnten Informationen unterrichtet die Zentrale Behörde die Adoptionskandidaten darüber, ob die Vermittlung weitergeführt werden kann.

§ 4 - Mit dem Einverständnis der Adoptionskandidaten kann die Zentrale Behörde einem anerkannten Vermittlungsdienst die weitere Vermittlung übergeben.

§ 5 - Wenn die Zentrale Behörde die Vermittlung weiterführt, schließt sie mit den Adoptionskandidaten eine Konvention ab, in der die Modalitäten der weiteren Zusammenarbeit festgelegt werden.

§ 6 - Die Regierung legt die Beteiligung der Adoptionskandidaten an den Kosten der Vermittlung sowie die Modalitäten der Überweisung dieses Unkostenbeitrages fest.

KAPITEL II — *Internationale Adoption von Kindern die ihren Gewöhnlichen Wohnort im Ausland haben**Abschnitt I* — Vermittlung über einen anerkannten Vermittlungsdienst

Art. 18 - Die Adoptionskandidaten schreiben sich in Anwendung von Artikel 6 bei der Zentralen Behörde ein.

Nachdem sie in Anwendung von Artikel 361-1 des Zivilgesetzbuches an der in Artikel 7 erwähnten Vorbereitung teilgenommen haben, erhalten sie die in diesem Artikel vorgesehene Teilnahmebescheinigung.

Art. 19 - § 1 - Der in Ausführung von Artikel 10 bezeichnete Dienst führt in Anwendung von Artikel 1231-29 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuches die Sozialuntersuchung auf Anordnung des Jugendgerichtes durch. Diese Sozialuntersuchung dient zur Begutachtung der Eignung der Adoptionskandidaten, ein Kind im Rahmen einer internationalen Adoption zu adoptieren.

§ 2 - Nachdem die Adoptionskandidaten in Anwendung von Artikel 361-1 des Zivilgesetzbuches für eine internationale Adoption für geeignet befunden wurden, wenden sie sich für die Vermittlung eines Kindes an einen anerkannten Vermittlungsdienst oder in Anwendung der Artikel 21 bis 25 an die Zentrale Behörde.

§ 3 - In Anwendung eines Zusammenarbeitsabkommens können die Kandidaten sich an einen in einer anderen Gemeinschaft anerkannten Vermittlungsdienst wenden. Die Adoptionskandidaten entrichten die in dieser Gemeinschaft festgelegten Vermittlungskosten gemäß den dort geltenden Vorgaben. Wenn die Kandidaten bei dem Adoptionsdienst der anderen Gemeinschaft auf sprachlich bedingten Verständigungsschwierigkeiten stoßen, lassen sie sich von einer geeigneten Person ihrer Wahl begleiten. Die Regierung legt die Modalitäten einer diesbezüglichen Unterstützung durch die Gemeinschaft fest.

Art. 20 - In Anwendung von Artikel 361-3 Nr. 1 des Zivilgesetzbuches übermittelt die Zentrale Behörde der zuständigen Behörde des Herkunftsstaates die in Artikel 361-2 des Zivilgesetzbuches erwähnten Unterlagen.

Die Zustimmung der Kandidaten, das vorgeschlagene Kind zu adoptieren, und die diesbezügliche Zustimmung der Zentralen Behörde werden ebenfalls der zuständigen Behörde des Herkunftsstaates über die Zentrale Behörde in Anwendung von Artikel 361-3 Nrn. 3 und 5 des Zivilgesetzbuches übermittelt. Die Zentrale Behörde informiert den durch die Adoptionskandidaten ausgewählten Vermittlungsdienst über die Übermittlung der Dokumente und übermittelt diesem die in Anwendung von Artikel 361-3 Nr. 2 und 361-4 des Zivilgesetzbuches erhaltenen Unterlagen.

Sollten Übersetzungen erforderlich sein, sind die dadurch entstehenden Kosten durch die Adoptionskandidaten zu tragen.

Abschnitt II — Vermittlung über die Zentrale Behörde

Art. 21 - Eine Vermittlung über die Zentrale Behörde ist nur möglich, wenn die Adoptionskandidaten ein Kind aus einem Staat oder einem Teil eines Staates adoptieren möchten, für den kein anerkannter Vermittlungsdienst in Anwendung von Artikel 19 §§ 2 und 3 die Erlaubnis hat, im Hinblick auf eine Adoption tätig zu werden.

Die Zentrale Behörde kann darüber hinaus eine Vermittlung verweigern, wenn:

1. die Gesetzgebung des Herkunftsstaates vorschreibt, dass die postadoptive Betreuung durch einen in diesem Bereich spezialisierten Dienst vorgenommen werden muss;
2. es sich bei dem Herkunftsstaat um einen Staat im Aufstand oder um einen Staat handelt, der Opfer einer Naturkatastrophe ist;
3. der Herkunftsstaat des Kindes das Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption vom 29. Mai 1993 nicht unterzeichnet hat.

Die Regierung kann zusätzliche Gründe für eine Verweigerung der Vermittlung festlegen.

Art. 22 - Die Artikel 18 und 19 §1 finden bei einer Vermittlung über die Zentrale Behörde Anwendung.

Art. 23 - § 1 - Die Adoptionskandidaten beantworten einen Fragebogen und übermitteln diesen der Zentralen Behörde zusammen mit den im Herkunftsstaat geltenden und in die deutsche Sprache übersetzten Rechtsbestimmungen im Bereich Adoption sowie mit jedem anderen Dokument, das Auskunft über das Adoptionsprojekt geben kann.

§ 2 - Die Zentrale Behörde beantragt bei Bedarf die Unterstützung von jeder zuständigen belgischen oder ausländischen Behörde, um festzustellen:

1. ob die Adoptionskandidaten bei ihrem Kontakt mit dem Herkunftsstaat die dort anwendbaren Rechtsbestimmungen respektieren;
2. ob alle Beteiligten am Adoptionsverfahren das Interesse des zu adoptierenden Kindes respektieren;
3. ob das in Artikel 21 der Konvention über die Rechte der Kinder vom 20. November 1989 festgelegte Subsidiaritätsprinzip eingehalten wird;
4. ob das Adoptionsprojekt keine unstatthafter Vermögensvorteile für Personen gemäß Artikel 21 Buchstabe *d*) der unter Nr. 3 erwähnten Konvention herbeiführt.

§ 3 - Nach Erhalt der in §2 erwähnten Informationen unterrichtet die Zentrale Behörde die Adoptionskandidaten darüber, ob die Vermittlung weitergeführt werden kann.

§ 4 - Mit dem Einverständnis der Adoptionskandidaten kann die Zentrale Behörde einem anerkannten Vermittlungsdienst die weitere Vermittlung übergeben.

§ 5 - Wenn die Zentrale Behörde die Vermittlung weiterführt, schließt sie mit den Adoptionskandidaten eine Konvention ab, in der die Modalitäten der weiteren Zusammenarbeit festgelegt werden.

Art. 24 - In Anwendung von Artikel 361-3 Nr. 1 des Zivilgesetzbuches übermittelt die Zentrale Behörde der zuständigen Behörde des Herkunftsstaates die in Artikel 361-2 des Zivilgesetzbuches erwähnten Unterlagen.

Die Zustimmung der Kandidaten, das vorgeschlagene Kind zu adoptieren, und die diesbezügliche Zustimmung der Zentralen Behörde werden ebenfalls der zuständigen Behörde des Herkunftsstaates über die Zentrale Behörde in Anwendung von Artikel 361-3 Nrn. 3 und 5 des Zivilgesetzbuches übermittelt.

Sollten Übersetzungen erforderlich sein, sind die dadurch entstehenden Kosten durch die Adoptionskandidaten zu tragen.

Art. 25 - Die Regierung legt die Beteiligung der Adoptionskandidaten an den Kosten der Vermittlung sowie die Modalitäten der Überweisung dieses Unkostenbeitrages fest.

Abschnitt III — Die postadoptive Betreuung der adoptierten Kinder und der Adoptierenden

Art. 26 - § 1 - Die Regierung bezeichnet die Dienste, die auf Anfrage der zuständigen Behörden des Herkunftsstaates mit der postadoptiven Betreuung der adoptierten Kinder und der Adoptierenden beauftragt werden.

§ 2 - Im Rahmen eines Zusammenarbeitsabkommens mit einer anderen Gemeinschaft können Dienste zur postadoptiven Betreuung, die durch eine Gemeinschaft anerkannt wurden, durch die Adoptierenden beansprucht werden, die in der anderen Gemeinschaft wohnhaft sind. Die Adoptierenden entrichten in diesem Fall die in dieser Gemeinschaft festgelegten Nachbetreuungskosten gemäß den dort geltenden Vorgaben.

Art. 27 - Die Regierung legt die Beteiligung der Adoptierenden an den Kosten der postadoptiven Betreuung sowie die Modalitäten der Überweisung dieses Unkostenbeitrages fest.

KAPITEL III — *Internationale Adoption von Kindern, die ihren gewöhnlichen Wohnort in Belgien haben*

Art. 28 - § 1 - Sobald die Zentrale Behörde in Anwendung von Artikel 362-1 des Zivilgesetzbuches einen Bericht von der föderalen Zentralbehörde erhält, der sich auf eine Person bezieht, die ein Kind adoptieren will, das seinen gewöhnlichen Wohnort in der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat, übermittelt sie diesen an einen anerkannten Vermittlungsdienst.

§ 2 - Wenn ein Kind, das seinen gewöhnlichen Wohnort in der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat, zur Adoption für eine internationale Adoption freigegeben wird, informiert der anerkannte Vermittlungsdienst die Zentrale Behörde, die diese Information an die föderalen Zentralbehörde weiterleitet.

Art. 29 - Die Regierung bezeichnet den Dienst, der in Anwendung von Artikel 1231-35 des Gerichtsgesetzbuches und auf Anordnung des Jugendgerichtes die Sozialuntersuchung durchführt, legt die diesbezüglichen Modalitäten fest und bezeichnet die Dienste, die in Anwendung dieses Artikels eine Stellungnahme abgeben müssen. Diese Sozialuntersuchung beurteilt die Frage, ob das Kind die Voraussetzungen erfüllt, um im Rahmen einer internationalen Adoption adoptiert zu werden.

TITEL VII — DIE AKTENVERWALTUNG UND DIE ARCHIVIERUNG

Art. 30 - § 1 - Die Zentrale Behörde gewährleistet in Anwendung von Artikel 368-6 des Zivilgesetzbuches die Aufbewahrung der Informationen, die diese Behörde über die Herkunft des Adoptierten besitzt. Hierzu zählen insbesondere die Informationen über die Identität der Mutter und des Vaters dieses Kindes sowie die Daten über die Krankheitsgeschichte des Kindes und seiner Familie.

§ 2 - Die Zentrale Behörde gewährleistet im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und in Anwendung von Artikel 368-6 des Zivilgesetzbuches den Zugang des Adoptierten oder seines Vertreters zu den in §1 erwähnten Informationen.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Konsultierung der in § 1 erwähnten Informationen fest.

§ 3 - Bei der Aufbewahrung, den Mitteilungen und bei der Übermittlung von Dokumenten, Berichten und Entscheidungen sind die Artikel 7 bis 10 des Zusammenarbeitsabkommens zu berücksichtigen.

TITEL VIII —SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 31 - Die Artikel 36 und 42 des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe sind aufgehoben.

Art. 32 - Vorliegendes Dekret tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 21. Dezember 2005

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung Soziales und Tourismus

O. PAASCH

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

Frau I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

—
Fußnoten

Sitzungsperiode 2005-2006

Dokumente des Parlamentes: 42 (2004-2005) Nr. 1 Dekretentwurf

42 (2005-2006) Nr. 2 Abänderungsvorschläge

42 (2005-2006) Nr. 3 Bericht

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 21. Dezember 2005

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2006 — 1144

[C — 2006/33027]

21 DECEMBRE 2005. — Décret relatif à l'adoption (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

TITRE I^{er}. — Dispositions générales

Article 1^{er}. Pour l'application de ce décret, l'on entend par :

1° adoption internationale : toute adoption simple ou plénière d'une personne qui est déplacée de son état d'origine vers la Belgique par une personne seule ou un couple, soit en raison d'une adoption prononcée à l'étranger, soit en vue d'une adoption en Belgique;

2° adoption interne : toute adoption autre qu'une adoption internationale;

3° candidat adoptant : toute personne qui souhaite adopter une personne née en Belgique ou à l'étranger;

4° adopté : personne née en Belgique ou à l'étranger et qui a été adoptée;

5° enfant : personne âgée de moins de 18 ans;

6° accord de coopération : l'accord de coopération entre l'Etat fédéral, la Communauté flamande, la Communauté française, la Communauté germanophone et la Commission communautaire commune relatif à la mise en œuvre de la loi du 24 avril 2003 réformant l'adoption, conclu le 12 décembre 2005.

Art. 2. Sans préjudice des articles 8, 16, 19, § 3, et 26, § 2, le présent décret s'applique aux adoptions dans la mesure où l'une des personnes physiques ou morales concernées est domiciliée ou a son siège en région de langue allemande.

TITRE II. — Autorité centrale

Art. 3. Au sein du Ministère de la Communauté germanophone, le Gouvernement institue une autorité centrale communautaire en matière d'adoption, ci-après dénommée « autorité centrale ».

Art. 4. L'autorité centrale remplit les missions suivantes :

1° assurer et diffuser l'information en matière d'adoption;

2° assurer, en application du titre IV, l'organisation de la préparation des candidats adoptants. A cette fin, l'autorité centrale peut charger des organisations et services spécialisés ou des experts de réaliser tout ou partie du programme de préparation;

3° assurer la médiation prévue aux articles 17 et 21 à 25;

4° transmettre au juge de la jeunesse compétent les enquêtes sociales établies en application du titre V;

5° assurer la tutelle de tous les services agréés dans le cadre du présent décret;

6° recevoir, traiter et éventuellement transmettre à d'autres services compétents, les demandes et plaintes relatives à une adoption;

7° intervenir en tant qu'interlocuteur pour la coopération avec les services d'adoption des autres Communautés. Dans ce contexte, l'autorité centrale propose au Gouvernement des modalités de coopération avec les autres Communautés;

8° coopérer avec toute autorité centrale qui, en Belgique et à l'étranger, est compétente en matière d'adoption interne et internationale;

9° veiller à ce que le suivi post-adoptif de l'enfant adopté et des adoptants ait lieu;

10° assurer la conservation des informations relatives à l'origine des enfants adoptés et en garantir l'accès, en application du titre VII;

11° accomplir toutes les tâches impératives imposées à l'autorité centrale par les textes réglementaires nationaux ou internationaux;

12° établir un rapport annuel sur l'adoption en région de langue allemande;

13° remplir d'autres tâches en matière d'adoption confiées par le Gouvernement.

Dans le cadre d'un accord de coopération avec une autre Communauté, certaines des missions figurant aux points 1° à 13° du premier alinéa peuvent être menées par des services ou autorités de l'autre Communauté.

Art. 5. § 1^{er}. Toute personne morale qui, en région de langue allemande, est active en tant que service de médiation en matière d'adoption doit être agréée à cette fin par le Gouvernement.

L'autorité centrale mentionnée au titre II est considérée comme agréée pour la médiation en matière d'adoption.

§ 2. Pour être agréé, il faut au moins remplir les conditions suivantes :

1° le service de médiation doit être constitué sous forme d'association sans but lucratif ou d'association internationale sans but lucratif ou encore être une personne morale de droit public;

2° la méthode de travail et la philosophie doivent respecter l'intérêt de l'enfant et les droits fondamentaux qui lui sont reconnus en droit belge et international;

3° la pluridisciplinarité doit être garantie en ce qui concerne la qualification professionnelle du personnel;

4° la coopération avec l'autorité centrale doit être garantie.

Le Gouvernement fixe des conditions d'agrément supplémentaires. Celles-ci portent entre autres sur :

1° la qualification des collaborateurs;

2° l'infrastructure matérielle;

3° les missions minimales.

L'agrément est octroyée pour une période de six ans renouvelable.

§ 3. Le Gouvernement détermine la procédure d'agrément, de suspension et de retrait de l'agrément.

Le Gouvernement suspend l'agrément ou la retire après avoir entendu le service de médiation lorsque celui-ci ne remplit plus les normes et conditions mises à l'octroi de l'agrément.

§ 4. Dans les limites des moyens budgétaires disponibles, le Gouvernement peut octroyer des subsides aux services de médiation agréés en application des §§ 1^{er} à 3. Les modalités de subventionnement ainsi que le montant du subside peuvent être fixés dans un contrat devant être conclu entre le Gouvernement et le demandeur.

TITRE IV. — Préparation des candidats adoptants

Art. 6. En début de procédure d'adoption, les candidats adoptants demandent auprès de l'autorité centrale un formulaire d'inscription en vue de participer à la préparation. À cette fin, les candidats obtiennent des informations générales quant à l'adoption et à la procédure d'adoption en Communauté germanophone.

L'autorité centrale transmet aux candidats adoptants une confirmation de leur inscription et leur communique le début du séminaire de préparation.

Art. 7. Le Gouvernement établit un programme de préparation des candidats adoptants. En application de l'article 346-2 du Code civil, le programme contient au moins :

- 1° des informations sur les différentes étapes de la procédure d'adoption;
- 2° des explications sur les effets juridiques et autres conséquences d'une adoption;
- 3° des informations sur la possibilité et l'utilité d'un suivi post-adoptif.

Le Gouvernement détermine les points forts de ce programme et le nombre d'heures qu'il comporte.

Pour les candidats adoptants visés à l'article 346-2, alinéa 3, du Code civil, le Gouvernement peut déterminer d'autres points forts que ceux fixés en exécution de l'alinéa précédent.

Les candidats adoptants qui remplissent les obligations de ce programme obtiennent de l'autorité centrale le certificat de participation visé à l'article 1231-3 du Code judiciaire, établi conformément au modèle figurant à l'annexe 1 de l'accord de coopération.

Le certificat de participation est valable pour une durée d'un an à partir de sa délivrance. L'autorité centrale peut, sur demande motivée, prolonger la validité d'un an.

Art. 8. Dans le cadre d'un accord de coopération conclu avec une autre Communauté, il est possible de prévoir la possibilité pour des candidats adoptants domiciliés dans une Communauté de participer à une préparation organisée par une autre Communauté.

Art. 9. Le Gouvernement détermine la participation des candidats adoptants aux coûts encourus pour la préparation à l'adoption ainsi que les modalités de versement.

TITRE V. — Enquêtes sociales

Art. 10. Le Gouvernement désigne un service chargé d'effectuer les enquêtes sociales ordonnées par le juge de la jeunesse en application des articles 1231-6, alinéa 1, 1231-29, alinéa 1, 1231-35 et 1231-55 du Code judiciaire.

Pour réaliser ces enquêtes sociales, le service désigné peut avoir recours à des experts engagés à la prestation.

Le Gouvernement fixe les modalités de réalisation des enquêtes sociales et désigne, en application des articles 1231-6, alinéa 1, 1231-29, alinéa 1, et 1231-35 du Code judiciaire, les services pouvant être consultés dans le cadre de l'enquête sociale. Les services désignés en application de cette disposition sont tenus de répondre conformément aux prescriptions du service visé au premier alinéa.

Les articles 4 et 5 de l'accord de coopération doivent être respectés lors de la réalisation des enquêtes sociales mentionnées au premier alinéa.

Art. 11. Le Gouvernement détermine la participation des candidats adoptants aux coûts encourus pour l'enquête sociale à l'adoption ainsi que les modalités de versement.

TITRE VI. — Médiation

CHAPITRE 1^{er}. — Adoption interne

Section 1^{re}. — Intervention auprès des enfants susceptibles d'être adoptés, domiciliés en Communauté germanophone, et de leurs parents d'origine

Art. 12. Le Gouvernement désigne un ou plusieurs services ou personnes qui communiquent aux parents d'origine les informations visées à l'article 348-4 du Code civil. Dans les cas prévus à l'article 348-5 du Code civil, le service ou la personne désigné communique ces informations au représentant de l'enfant.

Si nécessaire, ce service ou cette personne renvoie les intéressés à des organismes spécialisés.

Art. 13. § 1^{er}. Dès que les parents d'origine ne s'occupent plus de l'enfant et tant qu'ils n'ont pas marqué leur consentement pour confier l'enfant à l'adoption, tel que visé à l'article 348-4 du Code civil, c'est le service d'aide à la jeunesse qui intervient dans le cadre du décret du 20 mars 1995 concernant l'aide à la jeunesse.

§ 2. Lorsque les parents d'origine ont confié l'enfant à l'adoption, ils informent - ou s'il est intervenu, le service d'aide à la jeunesse informe - l'autorité centrale de la décision. À partir de ce moment, l'enfant peut être placé en famille d'accueil dans le cadre du décret mentionné au § 1^{er}.

Si cette famille d'accueil est en possession du certificat de participation mentionné à l'article 7, l'enfant peut être confié à leur garde, sans qu'ils puissent prétendre à des allocations d'entretien.

Section 2. — L'intervention auprès des candidats adoptants en vue de l'adoption d'un enfant domicilié en Communauté germanophone

Art. 14. Les candidats adoptants s'inscrivent auprès de l'autorité centrale en application de l'article 6.

Après avoir participé à la préparation mentionnée à l'article 7, ils obtiennent le certificat de participation dont question dans le même article.

Art. 15. § 1^{er}. Le service désigné en application de l'article 10 réalise, en application de l'article 1231-6 du Code judiciaire, l'enquête sociale sur ordre du juge de la jeunesse. Cette enquête sociale sert à évaluer l'aptitude des candidats adoptants à adopter un enfant dans le cadre d'une adoption interne.

§ 2. Lorsque les candidats adoptants ont été jugés aptes en application de l'article 346-1 du Code civil, ils s'adressent, pour la médiation, à un service de médiation agréé ou à l'autorité centrale.

Art. 16. En application d'un accord de coopération, les candidats peuvent s'adresser à un service de médiation agréé dans une autre Communauté. Les candidats adoptants acquittent les frais de médiation fixés dans cette Communauté conformément aux prescriptions qui y sont en vigueur. Lorsque les candidats éprouvent auprès du service d'adoption de l'autre Communauté des difficultés de compréhension dues à la langue, ils se font accompagner par une personne qualifiée de leur choix. Le Gouvernement fixe les modalités d'une intervention de la Communauté en la matière.

Art. 17. § 1^{er}. Si la médiation est assurée par l'autorité centrale, les candidats adoptants remplissent un questionnaire et le transmettent à l'autorité centrale accompagné d'autres documents renseignant sur leur projet d'adoption.

§ 2. Si nécessaire, l'autorité centrale demande le soutien de toute autorité belge compétente pour constater si :

1° tous les intervenants dans la procédure d'adoption respectent les intérêts de l'enfant à adopter;

2° conformément à l'article 21, *d*), de la Convention sur les droits de l'enfant du 20 novembre 1989, le projet d'adoption n'entraîne pas de profit matériel indu pour des personnes.

§ 3. Après réception des informations mentionnées au § 2, l'autorité centrale communique aux candidats adoptants si la médiation peut ou non être poursuivie.

§ 4. Moyennant l'accord des candidats adoptants, l'autorité centrale peut confier le reste de la médiation à un service de médiation agréé.

§ 5. Lorsque l'autorité centrale poursuit la médiation, elle conclut avec les candidats adoptants une convention fixant les modalités selon lesquelles se poursuivra la coopération.

§ 6. Le Gouvernement détermine la participation des candidats adoptants aux coûts encourus pour la médiation ainsi que les modalités de versement.

CHAPITRE II. — Adoption internationale d'enfants résidant habituellement dans un état étranger

Section 1^{re}. — Médiation par le biais d'un service de médiation agréé

Art. 18. Les candidats adoptants s'inscrivent auprès de l'autorité centrale en application de l'article 6.

Après avoir participé, en application de l'article 361-1 du Code civil, à la préparation mentionnée à l'article 7, ils obtiennent le certificat de participation dont question dans le même article.

Art. 19. § 1^{er}. Le service désigné en application de l'article 10 réalise, en application de l'article 1231-29, alinéa 1^{er}, du Code judiciaire, l'enquête sociale sur ordre du juge de la jeunesse. Cette enquête sociale sert à évaluer l'aptitude des candidats adoptants à adopter un enfant dans le cadre d'une adoption internationale.

§ 2. Lorsque les candidats adoptants ont été jugés aptes, en application de l'article 361-1 du Code civil, à adopter un enfant dans le cadre d'une adoption internationale, ils s'adressent, pour la médiation, à un service de médiation agréé ou, en application des articles 21 à 25, à l'autorité centrale.

§ 3. En application d'un accord de coopération, les candidats peuvent s'adresser à un service de médiation agréé dans une autre Communauté. Les candidats adoptants acquittent les frais de médiation fixés dans cette Communauté conformément aux prescriptions qui y sont en vigueur. Lorsque les candidats éprouvent auprès du service d'adoption de l'autre Communauté des difficultés de compréhension dues à la langue, ils se font accompagner par une personne qualifiée de leur choix. Le Gouvernement fixe les modalités d'une intervention de la Communauté en la matière.

Art. 20. En application de l'article 361-3, 1°, du Code civil, l'autorité centrale transmet à l'autorité compétente de l'état d'origine les documents mentionnés à l'article 361-2 du Code civil.

Le consentement des candidats adoptants à adopter l'enfant proposé et l'accord de l'autorité centrale sont également transmis à l'autorité compétente de l'état d'origine via l'autorité centrale en application de l'article 361-3, 3° et 5° du Code civil. L'autorité centrale informe le service de médiation choisi par les candidats adoptants de la transmission des documents et lui transmet les documents obtenus en application des articles 361-3, 2°, et 361-4 du Code civil.

Si des traductions s'avèrent nécessaires, les frais y afférents seront supportés par les candidats adoptants.

Section 2. — Médiation par le biais de l'autorité centrale

Art. 21. Une médiation par le biais de l'autorité centrale n'est possible que lorsque les candidats adoptants souhaitent adopter un enfant originaire d'un état ou d'une partie d'état où aucun service de médiation reconnu n'a obtenu, en application de l'article 19, §§ 2 et 3, l'autorisation d'être actif en vue d'une adoption.

L'autorité centrale peut, en outre, refuser une médiation lorsque :

1° la législation de l'état d'origine prescrit que le suivi post-adoptif doit être assuré par un service spécialisé en la matière;

2° l'état d'origine est un état en insurrection ou un état victime d'une catastrophe naturelle;

3° l'état d'origine de l'enfant n'a pas signé la Convention de La Haye du 29 mai 1993 sur la protection des enfants et la coopération en matière d'adoption internationale.

Le Gouvernement peut fixer d'autres motifs de refus de la médiation.

Art. 22. Les articles 18 et 19, § 1^{er}, sont applicables à la médiation assurée par l'autorité centrale.

Art. 23. § 1^{er}. Les candidats adoptants remplissent un questionnaire et le transmettent à l'autorité centrale accompagné des dispositions juridiques en matière d'adoption applicables dans le pays d'origine et traduites en langue allemande ainsi que de tout autre document renseignant sur leur projet d'adoption.

§ 2. Si nécessaire, l'autorité centrale demande le soutien de toute autorité belge ou étrangère compétente pour constater si :

1° les candidats adoptants respectent, dans leurs contacts avec l'état d'origine, les dispositions juridiques qui y sont applicables;

2° tous les intervenants dans la procédure d'adoption respectent les intérêts de l'enfant à adopter;

3° le principe de subsidiarité fixé à l'article 21 de la Convention sur les droits de l'enfant du 20 novembre 1989 est respecté;

4° conformément à l'article 21, *d*), de la Convention mentionnée au point 3°, le projet d'adoption n'entraîne pas de profit matériel indu pour des personnes.

§ 3. Après réception des informations mentionnées au § 2, l'autorité centrale communique aux candidats adoptants si la médiation peut ou non être poursuivie.

§ 4. Moyennant l'accord des candidats adoptants, l'autorité centrale peut confier le reste de la médiation à un service de médiation agréé.

§ 5. Lorsque l'autorité centrale poursuit la médiation, elle conclut avec les candidats adoptants une convention fixant les modalités selon lesquelles se poursuivra la coopération.

Art. 24. En application de l'article 361-3, 1°, du code civil, l'autorité centrale transmet à l'autorité compétente de l'état d'origine les documents mentionnés à l'article 361-2 du Code civil.

Le consentement des candidats à adopter l'enfant proposé et l'accord de l'autorité centrale sont également transmis à l'autorité compétente de l'état d'origine via l'autorité centrale en application de l'article 361-3, 3° et 5°, du Code civil.

Si des traductions s'avèrent nécessaires, les frais y afférents seront supportés par les candidats adoptants.

Art. 25. Le Gouvernement détermine la participation des candidats adoptants aux coûts encourus pour la médiation ainsi que les modalités de versement.

Section 3. — Suivi post-adoptif des enfants adoptés et des adoptants

Art. 26. § 1^{er}. Le Gouvernement désigne les services qui, à la demande des autorités compétentes de l'état d'origine, seront chargés d'assurer le suivi post-adoptif des enfants adoptés et des adoptants.

§ 2. Dans le cadre d'un accord de coopération avec une autre Communauté, les services de suivi post-adoptif agréés dans une Communauté peuvent être sollicités par des adoptants domiciliés dans l'autre Communauté. Dans ce cas, les adoptants acquittent les frais de suivi fixés dans cette Communauté conformément aux prescriptions qui y sont en vigueur.

Art. 27. Le Gouvernement détermine la participation des adoptants aux coûts encourus pour le suivi post-adoptif ainsi que les modalités de versement.

CHAPITRE III. — Adoption internationale d'enfants résidant habituellement en Belgique

Art. 28. § 1^{er}. Dès que l'autorité centrale reçoit, en application de l'article 362-1 du Code civil, un rapport de l'autorité centrale fédérale se rapportant à une personne souhaitant adopter un enfant résidant habituellement en Communauté germanophone, elle transmet ce rapport à un service de médiation agréé.

§ 2. Lorsqu'un enfant résidant habituellement en Communauté germanophone est proposé pour une adoption internationale, le service de médiation agréé informe l'autorité centrale, laquelle transmet cette information à l'autorité centrale fédérale.

Art. 29. Le Gouvernement désigne le service chargé d'effectuer l'enquête sociale ordonnée par le juge de la jeunesse en application de l'article 1231-35 du Code judiciaire, fixe les modalités en la matière et désigne les services qui, en application de cet article, doivent rendre un avis. L'enquête sociale permet de juger si l'enfant remplit les conditions pour être adopté dans le cadre d'une adoption internationale.

TITRE VII. — Gestion des dossiers et archives

Art. 30. § 1^{er}. L'autorité centrale assure, en application de l'article 368-6 du Code civil, la conservation des informations qu'elle possède sur l'origine de l'adopté. Il s'agit entre autres des informations relatives à l'identité de la mère et du père de cet enfant ainsi que des données relatives au passé médical de l'enfant et de sa famille.

§ 2. L'autorité centrale garantit à l'adopté ou à son représentant l'accès aux informations visées au § 1^{er}, dans le cadre des prescriptions légales et en application de l'article 368-6 du Code civil.

Le Gouvernement fixe les modalités de consultation des informations visées au § 1^{er}.

§ 3. Les articles 7 à 10 de l'accord de coopération devront être respectés lors de la conservation, des communications et de la transmission de documents, rapports et décisions.

TITRE VIII. — Dispositions finales

Art. 31. Les articles 36 et 42 du décret du 20 mars 1995 concernant l'aide à la jeunesse sont abrogés.

Art. 32. Le présent décret entre en vigueur le jour de son adoption.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 21 décembre 2005.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES,

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

Mme I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture et des Médias,
de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports

Notes

(1) *Session 2005-2006*

Documents du Parlement : 42 (2005-2006) n° 1 : Projet de décret

42 (2005-2006) n° 2 : Propositions d'amendement

42 (2005-2006) n° 3 : Rapport

Rapport intégral : Discussion et vote – Séance du 21 décembre 2005.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2006 — 1144

[C - 2006/33027]

21 DECEMBER 2005. — Decreet betreffende de adoptie (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

TITEL I. — Algemene bepalingen

Artikel 1. Voor de toepassing van voorliggend decreet dient te worden verstaan onder :

1° interlandelijke adoptie : elke gewone of volle adoptie van een persoon die van zijn staat van herkomst door een alleenstaande persoon of een echtpaar naar België wordt gebracht, zij het wegens een in het buitenland uitgesproken adoptie of met het oog op een adoptie in België;

2° interne adoptie : elke andere adoptie dan een interlandelijke adoptie;

3° kandidaat-adoptant : elke persoon die een in België of in het buitenland geboren persoon wenst te adopteren;

4° geadopteerd : een persoon, geboren in België of in het buitenland, die geadopteerd is;

5° kind : persoon onder 18 jaar;

6° samenwerkingsakkoord : samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie.

Art. 2. Onverminderd de artikelen 8, 16, 19, § 3 en 26, § 2, is voorliggend decreet toepasselijk op adopties, voorzover één van de betrokken natuurlijke of rechtspersonen haar woonplaats of zetel in het Duitse taalgebied heeft.

TITEL II. — Centrale autoriteit

Art. 3. Binnen het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap richt de Regering een centrale autoriteit van de Gemeenschap inzake adoptie op, hierna « centrale autoriteit » genoemd.

Art. 4. De centrale autoriteit vervult de volgende opdrachten :

1° informatie over de adoptie geven en verspreiden;

2° met toepassing van titel IV de voorbereiding van de kandidaat-adoptanten organiseren. Te dien einde kan de centrale autoriteit ofwel gespecialiseerde organisaties of diensten ofwel deskundigen met de uitvoering van het gehele programma of van een gedeelte ervan belasten;

3° voor de met toepassing van de artikelen 17 en 21 tot 25 bepaalde bemiddeling zorgen;

4° de maatschappelijke onderzoeken die met toepassing van titel V worden uitgevoerd aan de bevoegde jeugdrechter toezenden;

5° het toezicht op alle diensten uitoefenen die in het kader van voorliggend decreet erkend worden;

6° de aanvragen en de klachten m.b.t. een adoptie ontvangen, behandelen en desgevallend aan andere diensten verzenden;

7° als gesprekspartner optreden voor de samenwerking met de adoptiediensten van de andere Gemeenschappen. In deze samenhang stelt de centrale autoriteit de Regering modaliteiten m.b.t. de samenwerking met de andere Gemeenschappen voor;

8° met elke centrale autoriteit samenwerken die in België en in het buitenland inzake interne en interlandelijke adoptie bevoegd is;

9° ervoor zorgen dat de nazorg na de adoptie plaatsvindt, zowel die van het geadopteerde kind als die van de adoptanten;

10° voor de bewaring van de inlichtingen betreffende de herkomst van de geadopteerde kinderen en voor de inzage erin zorgen, met toepassing van titel VII;

11° alle verplichte opdrachten vervullen die aan de centrale autoriteit worden opgelegd door de nationale of internationale reglementaire teksten;

12° een jaarlijks verslag opmaken over de adoptie in het Duitse taalgebied;

13° andere opdrachten inzake adoptie vervullen die haar door de Regering worden toevertrouwd.

In het kader van een samenwerkingsakkoord met een andere Gemeenschap kunnen enkele van de opdrachten bepaald in lid 1, 1° tot 13°, door diensten of overheden van de andere Gemeenschap uitgevoerd worden.

TITEL III. — Erkenning van de bemiddelingsdiensten

Art. 5. § 1. Elke rechtspersoon die in het Duitse taalgebied op het vlak van de adoptie werkzaam is als bemiddelingsdienst moet te dien einde door de Regering worden erkend.

De centrale autoriteit bedoeld in titel II wordt beschouwd als voor de adoptiebemiddeling erkend.

§ 2. Om erkend te worden, moet er ten minste aan de volgende voorwaarden worden voldaan :

1° de bemiddelingsdienst moet samengesteld zijn in de vorm van een vereniging zonder winstoogmerk of een publiekrechtelijke rechtspersoon zijn;

2° zijn werkwijze en zijn filosofie moeten het belang van het kind en de fundamentele rechten eerbiedigen die het toekomen op grond van het Belgisch en het internationaal recht;

3° er moet voor een multidisciplinaire beroepskwalificatie van het personeel worden gezorgd;

4° er moet voor een samenwerking met de centrale autoriteit worden gezorgd.

De Regering legt bijkomende erkenningsvoorwaarden vast. Deze hebben o.a. betrekking tot :

1° de kwalificatie van de medewerkers;

2° de materiële infrastructuur;

3° de minimale opdrachten die moeten worden vervuld.

De erkenning wordt voor een hernieuwbare termijn van 6 jaar verleend.

§ 3. De Regering bepaalt de procedure voor de erkenning, de schorsing en de intrekking ervan.

De Regering schorst of trekt de erkenning in, nadat zij de bemiddelingsdienst heeft gehoord, als deze niet meer aan de normen en voorwaarden voldoet die voor de erkenning vereist zijn.

§ 4. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering toelagen verlenen aan de bemiddelingsdiensten die met toepassing van de §§ 1 à 3 erkend zijn. De modaliteiten van de subsidiëring en het bedrag van de toelage kunnen in een verdrag tussen de Regering en de aanvrager worden vastgelegd.

TITEL IV. — Voorbereiding van de kandidaat-adoptanten

Art. 6. Bij het begin van een adoptieprocedure vragen de kandidaat-adoptanten bij de centrale autoriteit een inschrijvingsformulier aan om aan de voorbereiding deel te nemen. Te dien einde verkrijgen ze algemene inlichtingen inzake adoptie en adoptieprocedure in de Duitstalige Gemeenschap.

De centrale autoriteit reikt aan de kandidaat-adoptanten een bekrachtiging van hun inschrijving uit en deelt hen het begin van het voorbereidingsseminarie mede.

Art. 7. De Regering bepaalt een programma voor de voorbereiding van de kandidaat-adoptanten. Met toepassing van artikel 346-2 van het Burgerlijk Wetboek bevat dit programma ten minste :

1° inlichtingen over de verschillende stappen van de adoptieprocedure;

2° uitleg over de juridische en de andere gevolgen van een adoptie;

3° inlichtingen over de mogelijkheid en het nut van nazorg na de adoptie.

De Regering legt de sterke punten alsmede het aantal uren van dit programma vast.

Voor de kandidaat-adoptanten bedoeld in artikel 346-2, lid 3, van het Burgerlijk Wetboek kan de Regering andere sterke punten bepalen als degene die in voorafgaand lid vastgelegd zijn.

De kandidaat-adoptanten die de verplichtingen van dit programma vervullen, verkrijgen zijdens de centrale autoriteit het deelnemingsattest bedoeld in artikel 1231-3 van het Gerechtelijk Wetboek, opgesteld overeenkomstig het model opgenomen in bijlage 1 van het samenwerkingsakkoord.

Het deelnemingsattest geldt voor één jaar vanaf het opstellen ervan. Op met redenen omkleed verzoek kan de centrale autoriteit de geldigheidsduur met één jaar verlengen.

Art. 8. In het kader van een samenwerkingsakkoord met een andere Gemeenschap kan erin worden voorzien dat de kandidaat-adoptanten woonachtig in een Gemeenschap aan de voorbereiding deelnemen die door de andere Gemeenschap wordt georganiseerd.

Art. 9. De Regering bepaalt de bijdrage van de kandidaat-adoptanten in de kosten i.v.m. de voorbereiding alsmede de modaliteiten voor de storting ervan.

TITEL VI. — Maatschappelijke onderzoeken

Art. 10. De Regering wijst de dienst aan die belast is met de uitvoering van de maatschappelijke onderzoeken die de jeugdrechter met toepassing van de artikelen 1231-6, lid 1, 1231-29, lid 1, 1231-35 en 1231-55 van het Gerechtelijk Wetboek heeft bevolen.

Met het oog op de uitvoering van deze maatschappelijke onderzoeken kan de aangewezen dienst zo nodig een beroep doen op deskundigen die per prestatie aangeworven worden.

De Regering bepaalt de modaliteiten voor de uitvoering van de maatschappelijke onderzoeken en wijst met toepassing van de artikelen 1231-6, lid 1, 1231-29, lid 1 en 1231-35 van het Gerechtelijk Wetboek de diensten aan waarbij een advies kan worden ingewonnen in het kader van het maatschappelijk onderzoek. Deze met toepassing van deze bepaling aangewezen diensten zijn ertoe verplicht te beantwoorden volgens de voorschriften van de dienst bedoeld in het eerste lid.

De artikelen 4 en 5 van het samenwerkingsakkoord moeten in acht worden genomen bij de uitvoering van de in het eerste lid bedoelde maatschappelijke onderzoeken.

Art. 11. De Regering bepaalt de bijdrage van de kandidaat-adoptanten in de kosten i.v.m. het maatschappelijk onderzoek alsmede de modaliteiten voor de storting ervan.

TITEL VI. — Bemiddeling

HOOFDSTUK I. — *Interne adoptie*

Afdeling 1. — Tussenkost bij het te adopteren kind dat in de Duitstalige Gemeenschap woonachtig is en bij zijn afstandouders

Art. 12. De Regering wijst één of meerdere diensten of personen aan die de inlichtingen vermeld in artikel 348-4 van het Burgerlijk Wetboek aan de afstandouders meedelen. In de gevallen bepaald in artikel 348-5 van het Burgerlijk Wetboek deelt de aangewezen dienst of persoon deze informatie aan de vertegenwoordiger van het kind mede.

Zo nodig verwijst deze dienst of persoon de betrokkenen naar gespecialiseerde inrichtingen.

Art. 13. § 1. Zodra de afstandouders voor het kind geen zorg meer dragen en zolang zijn hun toestemming niet geven voor de terbeschikkingstelling van het kind met het oog op de adoptie, zoals bedoeld in artikel 348-4 van het Burgerlijk Wetboek, treedt de Dienst voor jeugdbijstand op in het kader van het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand.

§ 2. Als de afstandouders een kind met het oog op de adoptie ter beschikking hebben gesteld, informeren ze - of informeert de Dienst voor jeugdbijstand, indien hij tussengekomen is - de centrale autoriteit over de beslissing tot terbeschikkingstelling. Vanaf dit moment kan het kind in het kader van het in § 1 vermeld decreet in een onthaalgezin worden geplaatst.

Bezit dit onthaalgezin het in artikel 7 bedoeld deelnemingsattest, dan kan het kind daar geplaatst worden, zonder dat de onthaalouders een recht op onderhoudstoelagen kunnen doen gelden.

Afdeling 2. — Tussenkost bij de kandidaat-adoptanten van een kind dat in de Duitstalige Gemeenschap woonachtig is

Art. 14. Met toepassing van artikel 6 schrijven zich de kandidaat-adoptanten bij de centrale autoriteit in.

Nadat zij aan de in artikel 7 bedoelde voorbereiding hebben deelgenomen, verkrijgen ze het in dit artikel vermeld deelnemingsattest.

Art. 15. § 1. Met toepassing van artikel 1231-6 van het Gerechtelijk Wetboek voert de dienst die krachtens artikel 10 aangewezen werd, het maatschappelijk onderzoek uit op bevel van de jeugdrechter. Dit maatschappelijk onderzoek dient om zich uit te spreken over de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten, om een kind in het kader van een interne adoptie te adopteren.

§ 2. Nadat de kandidaat-adoptanten met toepassing van artikel 346-1 van het Burgerlijk Wetboek geschikt bevonden werden, richten ze zich, voor de bemiddeling, aan een erkende bemiddelingsdienst of aan de centrale autoriteit.

Art. 16. Krachtens een samenwerkingsakkoord kunnen de kandidaten een beroep doen op een bemiddelingsdienst die in een andere Gemeenschap erkend is. De kandidaat-adoptanten betalen de bemiddelingkosten, vastgelegd in deze Gemeenschap overeenkomstig de daar vigerende voorschriften. Als kandidaten bij de adoptiedienst van de andere Gemeenschap met aan taal gerelateerde begripsproblemen te maken hebben, kunnen ze door een geschikte persoon naar keuze begeleid worden. De Regering bepaalt de modaliteiten van een tussenkost terzake zijdens de Gemeenschap.

Art. 17. § 1. Wordt de bemiddeling door de centrale autoriteit uitgevoerd, dan beantwoorden de kandidaat-adoptanten een vragenlijst en zenden deze aan de centrale autoriteit over samen met andere documenten die inlichtingen over de adoptieplannen geven.

§ 2. Zo nodig doet de centrale autoriteit een beroep op de bijstand van elke bevoegde Belgische overheid om vast te stellen of :

1° alle bij de adoptieprocedure optredenden het belang van het te adopteren kind in acht nemen;

2° overeenkomstig artikel 21, *d)*, van het Verdrag van 20 november 1989 inzake de rechten van het kind, de adoptieplannen niet tot ongepast geldelijk voordeel voor personen leiden.

§ 3. Na ontvangst van de in § 2 vermelde inlichtingen informeert de centrale autoriteit de kandidaat-adoptanten over het feit dat de bemiddeling al dan niet kan worden voortgezet.

§ 4. Met de toestemming van de kandidaat-adoptanten kan de centrale autoriteit een erkende bemiddelingsdienst met de voortzetting van de bemiddeling belasten.

§ 5. Als de centrale autoriteit de bemiddeling voortzet, sluit ze met de kandidaat-adoptanten een overeenkomst af waarin de modaliteiten voor de verdere samenwerking worden vastgelegd.

§ 6. De Regering bepaalt de bijdrage van de kandidaat-adoptanten in de kosten i.v.m. de bemiddeling alsmede de modaliteiten voor de storting ervan.

HOOFDSTUK II. — *Interlandelijke adoptie van kinderen die hun gewone verblijfplaats in het buitenland hebben**Afdeling 1. — Bemiddeling door een erkende bemiddelingsdienst*

Art. 18. Met toepassing van artikel 6 schrijven zich de kandidaat-adoptanten bij de centrale autoriteit in.

Nadat zij met toepassing van artikel 361-1 van het Burgerlijk Wetboek aan de in artikel 7 bedoelde voorbereiding hebben deelgenomen, verkrijgen ze het in dit artikel vermeld deelnemingsattest.

Art. 19. § 1. Met toepassing van artikel 1231-6, lid 1, van het Gerechtelijk Wetboek voert de dienst die krachtens artikel 10 aangewezen werd, het maatschappelijk onderzoek uit op bevel van de jeugdrechter. Dit maatschappelijk onderzoek dient om zich uit te spreken over de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten, om een kind in het kader van een interne adoptie te adopteren.

§ 2. Nadat de kandidaat-adoptanten met toepassing van artikel 361-1 van het Burgerlijk Wetboek geschikt bevonden werden voor een interlandelijke adoptie, richten ze zich, voor de bemiddeling, aan een erkende bemiddelingsdienst of, met toepassing van de artikelen 21 tot 25, aan de centrale autoriteit.

§ 3. Krachtens een samenwerkingsakkoord kunnen de kandidaten een beroep doen op een bemiddelingsdienst die in een andere Gemeenschap erkend is. De kandidaat-adoptanten betalen de bemiddelingkosten, vastgelegd in deze Gemeenschap overeenkomstig de daar vigerende voorschriften. Als kandidaten bij de adoptiedienst van de andere Gemeenschap met aan taal gerelateerde begripsproblemen te maken hebben, kunnen ze door een geschikte persoon naar keuze begeleid worden. De Regering bepaalt de modaliteiten van een tussenkomst terzake zijdens de Gemeenschap.

Art. 20. Met toepassing van artikel 361-3, 1°, van het Burgerlijk Wetboek zendt de centrale autoriteit de in artikel 361-2 van het Burgerlijk Wetboek bedoelde documenten aan de bevoegde overheid van de staat van herkomst over.

De toestemming van de kandidaten om het voorgestelde kind te adopteren en de toestemming van de centrale autoriteit daaromtrent worden eveneens aan de bevoegde overheid van de staat van herkomst, door de bemiddeling van de centrale autoriteit, met toepassing van artikel 361-3, 3° en 5°, van het Burgerlijk Wetboek overgezonden. De centrale autoriteit informeert de door de kandidaat-adoptanten gekozen bemiddelingsdienst over de verzending van de documenten en zendt hem de documenten over die ze met toepassing van de artikelen 361-3, 2°, en 361-4, van het Burgerlijk Wetboek verkregen heeft.

Zijn vertalingen noodzakelijk, dan vallen de erdoor ontstane kosten ten laste van de kandidaat-adoptanten.

Afdeling II. — Bemiddeling door de centrale autoriteit

Art. 21. Een bemiddeling door de centrale autoriteit is slechts mogelijk als de kandidaat-adoptanten een kind afkomstig uit een staat of een staatsgedeelte wensen te adopteren waarvoor geen erkende bemiddelingsdienst met toepassing van artikel 19, §§ 2 en 3, de machtiging heeft gekregen om met het oog op een adoptie werkzaam te zijn.

De centrale autoriteit kan bovendien een bemiddeling weigeren als :

1° de wetgeving van de staat van herkomst bepaalt dat de nazorg na de adoptie door een op dit gebied gespecialiseerde dienst moet worden waargenomen;

2° de staat van herkomst een staat in oproer of slachtoffer van een natuurramp is;

3° de staat van herkomst van het kind heeft het Haagse verdrag van 29 mei 1993 inzake de bescherming van kinderen en de samenwerking op het gebied van de interlandelijke adoptie niet ondertekend.

De Regering kan bijkomende redenen voor een bemiddelingsweigeren bepalen.

Art. 22. De artikelen 18 en 19, § 1, zijn van toepassing op een bemiddeling door de centrale autoriteit.

Art. 23. § 1. De kandidaat-adoptanten beantwoorden een vragenlijst en zenden deze aan de centrale autoriteit over samen met de in de staat van herkomst vigerende en in het Duits vertaalde rechtsbepalingen inzake adoptie alsmede met alle andere documenten die inlichtingen over de adoptieplannen geven.

§ 2. Zo nodig doet de centrale autoriteit een beroep op de bijstand van elke bevoegde Belgische of buitenlandse overheid om vast te stellen of :

1° de kandidaat-adoptanten, bij hun contacten met de staat van herkomst, de daar vigerende rechtsbepalingen naleven;

2° alle bij de adoptieprocedure optredenden het belang van het te adopteren kind in acht nemen;

3° het subsidiariteitsbeginsel bepaald in artikel 21 van het Verdrag van 20 november 1989 inzake de rechten van het kind in acht wordt genomen;

4° overeenkomstig artikel 21, d), van het onder punt 3° vermelde Verdrag, de adoptieplannen niet tot ongepast geldelijk voordeel voor personen leiden.

§ 3. Na ontvangst van de in § 2 vermelde inlichtingen deelt de centrale autoriteit de kandidaat-adoptanten mede of de bemiddeling al dan niet kan worden voortgezet.

§ 4. Met de toestemming van de kandidaat-adoptanten kan de centrale autoriteit een erkende bemiddelingsdienst met de voortzetting van de bemiddeling belasten.

§ 5. Als de centrale autoriteit de bemiddeling voortzet, sluit ze met de kandidaat-adoptanten een overeenkomst af waarin de modaliteiten voor de verdere samenwerking worden vastgelegd.

Art. 24. Met toepassing van artikel 361-3, 1°, van het Burgerlijk Wetboek zendt de centrale autoriteit de in artikel 361-2 van het Burgerlijk Wetboek bedoelde documenten aan de bevoegde overheid van de staat van herkomst over.

De toestemming van de kandidaten om het voorgestelde kind te adopteren en de toestemming van de centrale autoriteit daaromtrent worden eveneens aan de bevoegde overheid van de staat van herkomst, door de bemiddeling van de centrale autoriteit, met toepassing van artikel 361-3, 3° en 5°, van het Burgerlijk Wetboek overgezonden.

Zijn vertalingen noodzakelijk, dan vallen de erdoor ontstane kosten ten laste van de kandidaat-adoptanten.

Art. 25. De Regering bepaalt de bijdrage van de kandidaat-adoptanten in de kosten i.v.m. de bemiddeling alsmede de modaliteiten voor de storting ervan.

Afdeling III. — Nazorg na de adoptie, zowel die van de geadopteerde kinderen als die van de adoptanten

Art. 26. § 1. De Regering wijst de diensten aan die op verzoek van de bevoegde overheden van de staat van herkomst de nazorg na de adoptie waarnemen, zowel die van de geadopteerde kinderen als die van de adoptanten.

§ 2. Krachtens een samenwerkingsakkoord met een andere Gemeenschap kunnen de adoptanten woonachtig in de ene Gemeenschap een beroep doen op diensten voor nazorg na de adoptie die door de andere Gemeenschap erkend werden. In dit geval betalen de kandidaat-adoptanten de nazorgkosten, vastgelegd in deze Gemeenschap overeenkomstig de daar vigerende voorschriften.

Art. 27. De Regering bepaalt de bijdrage van de adoptanten in de kosten i.v.m. de nazorg alsmede de modaliteiten voor de storting ervan.

HOOFDSTUK III. — Interlandelijke adoptie van kinderen die hun gewone verblijfplaats in België hebben

Art. 28. § 1. Zodra de centrale autoriteit, met toepassing van artikel 362-1 van het Burgerlijk Wetboek, een verslag van de federale centrale autoriteit heeft verkregen i.v.m. een persoon die een kind wenst te adopteren dat zijn gewone verblijfplaats in de Duitstalige Gemeenschap heeft, dan zendt ze dit verslag aan een erkende bemiddelingsdienst over.

§ 2. Als een kind dat zijn gewone verblijfplaats in de Duitstalige Gemeenschap heeft, met het oog op een interlandelijke adoptie ter beschikking wordt gesteld, informeert de erkende bemiddelingsdienst de centrale autoriteit, die deze informatie aan de federale centrale autoriteit meedeelt.

Art. 29. De Regering wijst de dienst aan die met toepassing van artikel 1231-35 van het Gerechtelijk Wetboek belast is met de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek dat de jeugdrechter heeft bevolen, bepaalt de desbetreffende modaliteiten en wijst de diensten aan die met toepassing van dit artikel een advies moeten uitbrengen. Dankzij het maatschappelijk onderzoek is het mogelijk te beoordelen of het kind aan de voorwaarden voldoet om in het kader van een interlandelijke adoptie geadopteerd te worden.

TITEL VII. — Dossierbeheer en archief

Art. 30. § 1. Met toepassing van artikel 368-6 van het Burgerlijk Wetboek zorgt de centrale autoriteit voor de bewaring van de inlichtingen die deze overheid m.b.t. de afkomst van het geadopteerde kind bezit. Het gaat onder meer om de inlichtingen m.b.t. de identiteit van de moeder en van de vader van het kind alsmede om de gegevens over het medisch verleden van het kind en van zijn familie.

§ 2. In het kader van de wettelijke voorschriften en met toepassing van artikel 368-6 van het Burgerlijk Wetboek zorgt de centrale autoriteit ervoor dat de geadopteerde of zijn vertegenwoordiger toegang heeft tot de in § 1 bedoelde inlichtingen.

De Regering bepaalt de modaliteiten voor de raadpleging van de in § 1 bedoelde inlichtingen.

§ 3. Bij de bewaring, bij de mededelingen en bij de verzending van documenten, verslagen en beslissingen moeten de artikelen 7 tot 10 van het samenwerkingsakkoord worden nageleefd.

TITEL VIII. — Slotbepalingen

Art. 31. De artikelen 36 en 42 van het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand worden opgeheven.

Art. 32. Voorliggend decreet treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 21 december 2005.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES,

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Mevr. I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

Nota's

(1) *Zitting 2005-2006*

Bescheiden van het Parlement : 42 (2005-2006) Nr 1 : Ontwerp van decreet

42 (2005-2006) Nr 2 : Voorstellen tot wijziging

42 (2005-2006) Nr 3 : Verslag

Integraal verslag : discussie en aanneming – Zitting van 21 december 2005